

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 09.03.2012

Kein Verkauf des Deutschen Windenergie-Instituts (DEWI) durch das Land Niedersachsen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Veräußerung der DEWI-Gruppe nicht vorzunehmen und
2. ein Konzept unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen, unter Ausbau der Forschung zu erstellen und schnellstmöglich umzusetzen.

Begründung

Am 11.01.2011 beschloss die Landesregierung die Privatisierung des Deutschen Windenergie Instituts (DEWI). Nach Informationen aus dem Finanzministerium ist mit einer Vorlage der Landesregierung für den Landtag im Mai 2012 zu rechnen.

Das DEWI ist Forschungsinstitut und Dienstleister in einem. Das Institut war 1990 vom Land Niedersachsen gegründet worden, mit dem Ziel, der gerade aufblühenden Windenergiebranche Unterstützung in Form von Forschungsergebnissen und Beratung zu geben. Am DEWI-OCC (DEWI-Offshore Certification Centre), einer 2003 gegründeten Tochter des DEWI, sind Landkreis und Stadt Cuxhaven mit je 24,6 % beteiligt, das Land Niedersachsen zu 50,8 %. Das DEWI beschäftigt rund 140 Mitarbeiter.

Die Landesregierung begründete den Beschluss zur Privatisierung damit, dass sie sich die Auffassung des Landesrechnungshofes inzwischen zu Eigen gemacht hätte. Demnach bestehe das haushaltsrechtlich erforderliche wichtige Interesse des Landes an der Beteiligung des DEWI nicht mehr, weil der Forschungsanteil an den Gesamtaktivitäten nur mehr 10 % betrage und der Rest Dienstleistungen wären. Weiterhin führte das Finanzministerium aus, dass im Gegensatz zu der Gründungszeit des DEWI, als kleine und mittlere Unternehmen die Windenergiebranche prägten, heute international operierende Unternehmen den Markt bestimmten.

Grundsätzlich ermöglicht eine Landesbeteiligung an einem Unternehmen, dass die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und des Landes insgesamt angemessen vertreten werden. Zieht sich das Land aus einem Unternehmen zurück, geht die angemessene Interessenvertretung und damit Einflussnahme entsprechend zurück. Damit hat das Land weniger Möglichkeiten auf veränderte gesellschaftspolitische und volkswirtschaftliche Bedingungen zu reagieren. Zudem sind beim DEWI-OCC als Zertifizierungsgesellschaft noch die Aspekte Unabhängigkeit und Neutralität als marktordnungspolitische Argumente von hoher Bedeutung.

Seit die Landesregierung die Privatisierung des DEWI beschlossen hat, wurde von der Bundesregierung der Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen und eine Energiewende eingeleitet. Eine sozial gerechte und ökologische Energiewende ist nur zu bewerkstelligen, wenn auf allen Ebenen und mit allen Mitteln die Gewinnung und Nutzung der erneuerbaren Energien effizient und vielfältig gestaltet wird. Dies bringt einen erhöhten Forschungs- und Beratungsbedarf mit sich. Dieser Bedarf ist allein durch die international agierenden Großkonzerne nicht zu decken, weil deren Forschungs- und Handlungsstrategien betriebswirtschaftlich und auf zentrale Großprojekte ausgerichtet sind.

Gerade die bisher strukturschwachen Regionen profitieren durch die Ansiedelung der im Offshore-Segment tätigen Unternehmen. Diese Entwicklung gilt es zu stärken und nicht zu gefährden.

Vor diesem Hintergrund ist eine Veräußerung des DEWI nicht zu verantworten. Im Gegenteil. Das DEWI muss mit einem neuen Konzept, das einen Ausbau der Forschung und eine Sicherung und Erweiterung der vorhandenen Kapazitäten, insbesondere der Arbeitsplätze beinhaltet, mehrheitlich in Landeshand gehalten werden.

Ursula Weisser-Roelle
Parlamentarische Geschäftsführerin